

Women in Exile & Friends



Flüchtlingsfrauen werden laut.

Campaign Newsletter #6

March 2015



Flüchtlingsfrauen* zum Internationalen Frauentag

Inhalt

Contents

Flüchtlingsfrauen zum internationalen Frauentag	1
Muss eine Regierung ihre Versprechungen halten?	2
Refugee women on the International Women's Day	3
Does a government have to keep its promises?	3
Flüchtlinge willkommen?	4
Refugees welcome?	5
Informationen über Gesetzesänderungen	6
Information about legislative changes	7
Workshop: Von persönlichen Problemen zu politischen Forderungen	8
Work shop: From personal problems to political demands	8

Beim Feiern des Internationalen Frauentags 2015 wollen wir genau hinsehen, wie die Landesregierung Brandenburgs und die Bundesregierung Deutschlands uns Flüchtlingsfrauen behandelt: In den letzten Jahren haben wir sie immer wieder aufgefordert, zumindest Frauen und Kindern die Möglichkeit zu geben, aus den Lagern auszuziehen. Trotzdem sehen wir, dass den lokalen Behörden Geld zur Verfügung gestellt wird, mit dem sie bereits existierende isoliert liegende Lager ausbauen, und zu den bereits bestehenden Lagern neue dazukommen.

Wir sehen keine Veränderung unserer Situation: Immer noch liegt die Mindestquadratmeterzahl, die Asylsuchenden in Brandenburg zugeteilt wird, bei 6 qm pro Person. Immer noch werden wir oft mit der Unterbringung in abgelegenen Unterkünften ausgegrenzt und sind damit rassistischen Angriffen ausgeliefert. Immer noch wird uns selten die Möglichkeit gegeben, in privaten Wohnungen zu leben wie andere Menschen auch. Und mit einer Änderung des Baurechts ist nun auch das Bauen von Lagern in Gewerbegebieten erlaubt.

Flüchtlingsfrauen leiden darunter am meisten. Denn normalerweise sind die Frauen diejenigen, die sich verantwortlich fühlen, unter solchen menschenunwürdigen Lebensbedingungen den Alltag für die ganze Familie zu organisieren.

Deshalb tragen wir anlässlich des 8. März unseren Protest auf die Straße und erneuern unseren Appell: „Keine Lager für Frauen! Alle Lager abschaffen!“

Weiterlesen auf der nächsten Seite...

Wir fordern von der Bundesregierung:
Beenden Sie ihre rückwärtsgewandte Abschreckungspolitik der 90er-Jahre, die das Ziel hat, Flüchtlinge von der Einreise nach Deutschland abzuhalten oder sie zum Zurückkehren zu zwingen!

Wir fordern von den Landesregierungen:
Erlassen Sie landesweite Regelungen, die die Landkreise und Bezirke anweisen, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen – vor allem Frauen und Kinder!

Wir fordern von den lokalen Behörden:
Integrieren Sie Flüchtlinge in Ihre Landkreise und Bezirke, indem Sie ihnen die Möglichkeit geben, in Wohnungen – wo immer sie wollen – zu leben!

An alle Flüchtlingsfrauen: Lasst uns gemeinsam ein menschenwürdiges Leben für alle einfordern!

An alle Frauen*organisationen, feministischen Organisationen, an alle antirassistischen und Menschenrechtsorganisationen: Unterstützt uns und unsere Forderungen!

Muss eine Regierung ihre Versprechungen halten?

Zum 27.02.15 hatte die Brandenburger Landesregierung Vertreter_Innen von Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbänden zu einem „Asylgipfel“ eingeladen. Dort kündigte Sozialministerin Diana Golze (Linke) an, dass endlich das Landesaufnahmegesetz geändert werden soll, um die Unterbringung von Asylsuchenden in Massenunterkünften zu vermeiden.

Mal wieder verspricht uns ein/e Brandenburger Sozialminister/in, dass wir zukünftig in Wohnungen statt in Lagern leben dürfen. Das haben wir schon 2011 erlebt, damals war es Minister Baaske: Am 8. März 2011 hatten wir den Sozialminister Brandenburgs, Herrn Baaske, getroffen und mit ihm über unsere Probleme diskutiert. Unsere Forderung war klar: Keine Lager für Frauen! Alle Lager schließen! Der Minister schien unserem Anliegen positiv gegenüber zu stehen und

sagte, er würde unserer Forderung nach Wohnungen für Flüchtlinge nachkommen. Bis dahin versprach er wenigstens dafür zu sorgen, die Lebensbedingungen in den Sammelunterkünften zu verbessern, besonders für Frauen.

Was seitdem tatsächlich passiert ist:

Im April 2011 beauftragte der Landtag Brandenburgs die Landesregierung, die „Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften“ zu überprüfen, um die Lebensbedingungen von Asylsuchenden zu verbessern. Seitdem gab es immer neue Beschlüsse des Landtags, die die Landesregierung auffordern, die Unterbringungssituation von Flüchtlingen menschenwürdiger zu gestalten und langfristig auf die Unterbringung in Wohnungen auszurichten.

In die Realität umgesetzt wurden diese Landtagsbeschlüsse nie, im Gegenteil: Die Lager sind überfüllt und die Wohnsituation ist katastrophal. Die „Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften“, die seit April 2011 geändert werden sollen, gelten unverändert bis heute fort. Sie sehen sechs Quadratmeter Wohnfläche pro Person vor. Im Herbst 2014 wurde sogar diese Mindeststandards zeitweise außer Kraft gesetzt. Mittlerweile fördert die Landesregierung auch Gebäude in „Leichtbauweise“ – mit anderen Worten: den Bau von Container.

Diese Entwicklung steht in scharfem Kontrast zu den seit April 2011 wiederholten politischen Willensbekundungen. Wir fragen, wie das in einer funktionierenden Demokratie geschehen kann? Ist es nicht die Aufgabe einer Regierung, Entscheidungen des Parlaments umzusetzen?



Refugee women* on the International Women's Day

As we celebrate the International Women's Day 2015 let us look closely on how the state of Brandenburg government as well as the German federal government are treating us refugee women: For the last couple of years we have been asking them again and again to give at least women and children the opportunity to move out from the *lagers*. Nevertheless, what we are seeing is money being allocated to local authorities to upgrade existing isolated *lagers* and more *lagers* being added to the already existing ones.

We don't see any changes in our living conditions: In Brandenburg, asylum seekers are still allocated only 6 square meters per person. Still, we are often marginalized with housing in remote areas and are therefore more exposed to racist attacks. Still, the possibility to live in private apartments like everybody else is rarely given to us. And because of a change in construction law, the construction of *lagers* in industrial areas is now allowed, too.

Refugee women suffer the most from that. Because usually the women are the ones who feel responsible for organizing the whole family's everyday life under such inhumane living conditions.

Therefore, on the occasion of 8 March, we take our protest to the streets and renew our call: "No lager for women! Abolish all lagers!"

We demand from the federal government: Step back from your backward policies of the 90s which have the aim to keep refugees from entering Germany or to force them to leave again!

We demand from the state governments: Give directives to the districts to accommodate refugees in flats – first of all women and children!

We demand from the local authorities: Integrate refugees in your districts by giving them the choice to live in flats wherever they want!

To all refugee women: Together, let us demand a humane life for all!

To all women's organizations, feminist organizations, all anti-racist and human rights organizations: Support us and our demands!

Does a government have to keep its promises?

For the 27th of February 2015 the Brandenburg State Government had invited representatives of refugee and charity organisations for a "summit on asylum". At this summit the Minister of Social Affairs Diana Golze (Left Party) announced that the *Landesaufnahmegesetz* (the state's Reception Law) will finally be changed in order to avoid collective accommodation of asylum seekers.

Once again a Brandenburg Minister of Social Affairs promises that in future we will be allowed to live in flats. In 2011 we already witnessed something similar – back then it was the then Minister of Social Affairs of Brandenburg Mr. Baaske who promised to meet our demands.

What actually happened since then:

In April 2011 the State Parliament of Brandenburg requested that the State Government improve the living conditions of asylum seekers. A review of the "minimum standards for the operation of collective accommodation" was requested. Since then the State Parliament has again and again issued resolutions demanding that the accommodation of refugees be made more humane and that in the long run the concept ought to be geared towards accommodation in flats.

None of these resolutions by the State Parliament have ever been realized. Contrary to that, the *Lagers* are overcrowded and living conditions are very bad. The "minimum standards for the operation of collective accommodation", that are supposed to have been changed since 2011, are still valid today. They provide for six square metres living space per person. In autumn 2014 even those minimum standards were suspended for some time. Since then the Brandenburg Government has even been financing "lightweight building constructions" – in other words: containers.

This development contrasts sharply with all expressions of political will. We ask: How can this happen in a democracy? Isn't it the job of a government to implement parliament decisions?

Flüchtlinge willkommen?

Seit Monaten demonstrieren an vielen Orten in Deutschland breite Bündnisse aus zivilgesellschaftlichen Gruppen gegen Pegida und Rassismus. Das ist auch bitter nötig, denn in Deutschland finden immer mehr rassistische und gewalttätige Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte statt. Im Jahr 2014 wurden 153 gewalttätige Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gezählt, darunter 35 Brandstiftungen. Es ist ermutigend, dass viele Menschen ihre Solidarität mit Flüchtlingen deutlich machen, indem sie gegen Rassismus auf die Straße gehen oder sich in Nachbarschaftsinitiativen für Asylsuchende einsetzen.

„Flüchtlinge willkommen“ darin scheinen sich viele Menschen, quer durch fast alle Parteien, einig zu sein. Aber was heißt das konkret? Wie können sich Flüchtlinge willkommen fühlen, wenn ihr Alltag von der Ausgrenzung in Sammelunterkünften, von rassistischen Sondergesetzen wie dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Angst vor Abschiebung bestimmt ist? Wir meinen, wer sich für den Schutz von Flüchtlingen vor rassistischer Gewalt einsetzt, sollte auch gegen abgelegene Sammelunterkünften protestieren, in denen Asylsuchende besonders angreifbar sind.

Und wer dazu beitragen möchte, dass Flüchtlinge sich willkommen fühlen, darf zu Gesetzen, die ihnen ihre elementaren Menschenrechte und ihr Recht auf Schutz absprechen, nicht schweigen. Denn das Gedankengut von Pegida finden wir in vielen Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland, die das Ziel haben, Flüchtlinge von der Einreise nach Deutschland abzuhalten oder sie zum Zurückkehren zu zwingen.

Zum Beispiel im Gesetzentwurf „zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“, der umfassendsten Verschärfung des Asylrechts seit 1993:

Angekündigt war der Gesetzentwurf als „stichtags- und altersunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete“. Aber nur ein kleiner Teil der langjährig Geduldeten wird über die neue Bleiberechtsregelung einen sicheren Aufenthalt bekommen können. Das Ministerium schätzt ihre Zahl auf 30.000. Die meisten Geduldeten, etwa 80.000 Menschen, werden allerdings

keine Chance auf ein Bleiberecht haben. Im Gegenteil, ihr Leben bleibt unerträglich, um sie zur „Mitwirkung“ bei der eigenen Abschiebung zu erpressen. Sie werden mit Arbeitsverbot, „Residenzpflicht“ und gekürzten Sozialleistungen schikaniert und müssen oft viele Jahre in Lagern wohnen. Damit wird dieses Gesetz zu einem Instrument, das Flüchtlinge spalten soll: In die „Guten“, die schon arbeiten, integriert sind und dem Staat nützen und in die „Schlechten“, die sich weigern, bei ihrer Abschiebung zu kooperieren. Sie werden mehr als bisher unter Druck gesetzt. Wer, so steht es im Gesetzesentwurf, seinen „Mitwirkungspflichten zur Feststellung der Identität“ nicht nachgekommen ist, kann in Abschiebungshaft genommen werden.

Deutschland will dicht machen und schneller abschieben.

Asylsuchenden, die über ein anderes EU-Land eingereist sind, droht aus den absurdesten Gründen Abschiebungshaft: Zum Beispiel wer mit Hilfe eines Schleusers eingereist ist oder wem unterstellt werden kann, Identitäts- oder Reisedokumenten vernichtet zu haben... Absurd, denn es gibt keine legalen Wege zur Einreise und wer gezwungen ist mit gefälschten Papieren zu reisen, wird diese natürlich nicht aufbewahren. Außerdem können bis zu vier Tage Abschiebehaft verhängt werden, ohne dass überhaupt Gründe dafür vorliegen müssen. Auch eine Verschärfung des Ausweisungsrechts und Wiedereinreisesperren hält der Gesetzentwurf bereit.

Aber noch ist das Gesetz nicht verabschiedet, am 6.3. und am 24.4. finden im Bundestag die erste und die zweite Lesung statt und am 12.6. steht es zum zweiten Mal im Bundesrat auf der Tagesordnung. Erst danach kann es in Kraft treten.

Es bleibt also noch Zeit unseren Protest dagegen auf die Straße zu tragen:

Für eine menschenwürdige Asylpolitik! Für ein Bleiberecht für langjährig Geduldete, ohne Ausschlussgründe und für Alle!



Refugees welcome?

For months now broad alliances of civil society groups have been demonstrating against Pegida and racism all over Germany. A much needed deed because the amount of racist and violent attacks on refugees and their accommodations in Germany is increasing. In 2014 153 violent attacks against refugee accommodations – including 35 cases of arson – were counted. It is encouraging that many people show their solidarity with refugees by demonstrating against racism or by being active in initiatives supporting asylum seekers.

“Refugees welcome” seems to be the consensus among many people across almost all political parties. But what does that mean exactly? How can refugees feel welcome if their daily lives are dominated by fear of being deported and by exclusion through collective accommodation and racist laws made especially for asylum seekers, like the Asylum Seekers Benefits Act (*Asylbewerberleistungsgesetz*) for example? We think that people who stand up for the protection of refugees against racist violence should also protest against compulsory collective accommodation where refugees are especially vulnerable to violence.

We also think that everyone who wants to contribute to refugees feeling welcome cannot remain silent on laws that deny them their basic human rights or their right to protection. Because the ideas that Pegida is built on can also be found in many laws of the Federal Republic of Germany, the purpose of which is to prevent refugees from entering Germany or force them to return to their countries of origin.

This is, for example, the case with the draft law “to revise the right to stay and the termination of residence”, which will be the most comprehensive tightening of asylum laws since 1993:

The draft law was announced as a regulation of the right to stay for those whose deportation has been suspended (*Geduldete*) for many years. The right to stay was to be granted independent of a certain date or a fixed age. But only a small part of those whose deportation has been suspended for a long time is going to be granted a secure residence through this law. The ministry estim-

ates them to amount to 30,000. Most of the *Geduldete* – about 80,000 people – will not stand a chance to receive permission to stay. Contrary to that, their lives will continue to be made insupportable by the authorities in order to pressure them into cooperating with their own deportation. They are harassed through work bans, residence obligation and cut benefits and often have to live in Lagers for a long time. This makes this law an instrument devised to divide refugees into “good ones” – those who are already working, integrated and useful to the state – and “bad ones” – those who refuse to cooperate in their own deportation. The latter will be pressured even more than they already are: The draft law contends that those who don't cooperate in their identification can be put in detention pending deportation (*Abschiebungshaft*).

Germany wants to pull the ladder up and deport refugees much quicker.

Asylum seekers that have entered Germany via another EU country are faced with detention pending deportation for the most absurd reasons: For example those who have entered with the help of a smuggler or those who can be accused of having destroyed their identity or travel documents... . These reasons are absurd because there is no legal way to enter and those forced to travel with forged papers will of course not keep them. Additionally, one can be put in detention for four days even without a reason. The draft law also means a tightening of the deportation law as well as re-entry bans.

But the law hasn't been passed yet. On the 6th of March and the 24th of April the first and second readings will take place in the *Bundestag* and on the 12th of June it will be on the agenda of the Federal Council (*Bundesrat*). Only after that it can come into force.

This means we still have time to take our protest against the law to the streets:

For a humane asylum policy! For a permission to stay for long-term *Geduldete*, without exclusion criteria and for everyone!



Informationen über Gesetzesänderungen

Zu eurer Information: **Weil einige der gesetzlichen Regelungen, die Flüchtlinge betreffen, in letzter Zeit geändert worden sind, hier einige wichtige Punkte, die nun anders sind.**

Zugang zum Arbeitsmarkt (seit dem 11. November 2014)

Achtung: Es gibt viele **Ausnahmen**, zum Beispiel für Praktika, Ausbildungen, Fachkräfte und Akademiker_Innen. Mehr Informationen dazu wird es bald auf unserem Blog geben: <http://women-in-exile.net/arbeit-und-arbeitsrechte/>

Für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung:

- In den ersten drei Aufenthaltsmonaten besteht ein Arbeitsverbot.
- Nach einem legalen Aufenthalt von drei Monaten kannst du eine Arbeitserlaubnis beantragen, wenn du ein konkretes Jobangebot hast. Die Ausländerbehörde leitet deinen Antrag an die Bundesagentur für Arbeit weiter, die das Jobangebot überprüft, das du gefunden hast. Die Bundesagentur untersucht, ob die Arbeitsbedingungen deutschen Standards entsprechen (Prüfung der Arbeitsbedingungen) und ob kein bevorrechtigter Arbeitnehmer_In für diese Stelle zu Verfügung steht (Vorrangprüfung). Bevorrechtigte Arbeitnehmer_Innen sind Deutsche oder EU-Bürger_Innen und Ausländer_Innen, die schon eine Arbeitserlaubnis haben. Wenn du dann eine Arbeitserlaubnis bekommst, gilt diese nur für den konkreten Job.
- Nach 15 Monaten Aufenthalt kannst du eine Arbeitserlaubnis bekommen, ohne dass eine Vorrangprüfung durchgeführt wird. Die Bundesagentur für Arbeit prüft dann nur die Arbeitsbedingungen.
- Nach 4 Jahren Aufenthalt in Deutschland ist der Zugang zum Arbeitsmarkt uneingeschränkt. Es wird keine Vorrangprüfung oder Prüfung der Arbeitsbedingungen durchgeführt.

Für Flüchtlinge mit Duldung gilt mehr oder weniger dasselbe, aber

- wenn die Ausländerbehörde meint, dass du bei deiner Abschiebung nicht genügend mitwirkst

und du daher aus selbst zu vertretenden Gründen nicht abgeschoben werden kannst, kann jederzeit ein Arbeitsverbot verhängt werden.

Residenzpflicht (seit dem 1. Januar 2015)

Für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung läuft die Residenzpflicht (Einschränkung der Bewegungsfreiheit) nach drei Monaten ab. Ab diesem Zeitpunkt dürfen sie sich frei und ohne Erlaubnis innerhalb Deutschlands bewegen.

Leider gibt es viele Ausnahmen und Flüchtlinge, die unter diese Ausnahmeregelungen fallen, sind wie immer der Willkür der Ausländerbehörden ausgeliefert:

- Eine rechtsgültige Verurteilung wegen einer Straftat (ohne Mindeststrafe oder Verjährung), wenn sie keine ausländerrechtliche Straftat ist;
- Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz (= Drogenbesitz), auch wenn es keine Verurteilung durch ein Gericht gab;
- wenn „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“ kurz bevor stehen. Das sollte bei Menschen mit Aufenthaltsgestattung nie! der Fall sein. Aber Flüchtlinge mit einer Duldung müssen damit rechnen, dass die Ausländerbehörde das immer behaupten kann und Flüchtlinge damit jederzeit willkürlich an einen Ort „fesseln“ kann – genauso wie bisher.

Was gleich bleibt:

- Die Verpflichtung, an einem bestimmten Ort zu wohnen.
- Für Asylsuchende in Aufnahmeeinrichtungen ist der Aufenthalt auf den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde beschränkt. In Brandenburg ist das die Stadt Eisenhüttenstadt.

Asylbewerberleistungsgesetz (ab 1. März 2015)

- Flüchtlinge werden an mehr Orten als bisher Bargeld statt Gutscheine erhalten.
- Nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland haben Flüchtlinge Anspruch auf die gleichen Leistungen wie Sozialhilfeempfänger_innen. Das bedeutet ein bisschen mehr Geld und eine reguläre Krankenversicherung.

Abgesehen davon sind die alten, diskriminierenden Gesetze immer noch in Kraft, unter anderem Gutscheine, 1€-Jobs, Einschränkungen und Strafen, sowie eine medizinische Minimalversorgung, die unter Umständen lebensbedrohlich sein kann.

Mehr Informationen findet ihr, sobald sie verfügbar sind, auf unserem Blog.

Information on legislative changes

For your information: **Because some of the legislation concerning refugees has been changed recently, here are several important points that are different now.**

Access to the labour market (from the 11th of November 2014)

Attention: There are many **exceptions** for example in case of internships, training, highly skilled workers or academics. You will find more information on our web blog soon: <http://women-in-exile.net/arbeit-und-arbeitsrechte/>

For refugees with 'Aufenthalts-gestattung':

- For the first three month of your stay in Germany you are not allowed to work.
- After three months of legal stay in Germany you can apply for a work permit at your local Foreigners Authority (*Ausländerbehörde*) if you have a specific job offer.

The Foreigners Authority will forward your application to the Federal Employment Agency, which will examine the job offer you found, check if the working conditions correspond to German standards (review of working conditions) and if there is no privileged employee available for the particular job (priority review). Privileged employees are German or European citizens or foreigners who already have a work permit.

If you obtain a work permit it is only valid for that specific job.

- After 15 months of stay in Germany you can get a work permit without 'priority review' (*Vorrangprüfung*) – the Federal Employment Agency examines only the working conditions.
- After four years of stay in Germany your access to the labor market is going to be unrestricted. That means neither 'priority review' nor 'review of working conditions' are going to be carried out.

For refugees with 'Duldung' more or less the same applies, but

- if the Foreigners Authorities thinks that you do not cooperate sufficiently in your deportation and therefore cannot be deported for reasons

for which you are responsible, they may nevertheless ban you from working at any time.

Restriction of movement/'Residenzpflicht' (from the 1st of January 2015)

For refugees with '*Aufenthalts-gestattung*' and '*Duldung*' the geographical restriction (restriction of movement) "expires" after three months of stay. From then on they are allowed to move freely and without a permit within the German territory.

Unfortunately, there are many exceptions and refugees who fall within these exceptions are, as usual, at the mercy of the Foreigners Authorities:

- A final conviction because of a criminal offense (without minimum penalty or limitation), except for violations of immigration laws;
- violation of the "Narcotic Drugs Act" (= drug possession), even if there is no conviction by a court;
- If "concrete measures to terminate residence" are imminent. This should never! be the case for people with '*Aufenthalts-gestattung*'. But refugees with '*Duldung*' have to fear that the Foreigners Authorities can always claim this to be the case and thus are enabled to arbitrarily "tie" refugees to certain districts at any time – just as before.

These things are going stay the same:

- The obligation to reside in a particular place.
- For asylum seekers in reception centers the stay will remain restricted to the district of the Foreigners Authority. In Brandenburg this is the municipality of Eisenhüttenstadt.

Asylum Seekers' Benefits Act/*Asylbewerberleistungsgesetz* (from the 1st of March 2015)

- Refugees will be given cash instead of vouchers in more places than before.
- After 15 months of stay in Germany asylum seekers are entitled to the same benefits as recipients of '*Sozialhilfe*'. That means a little bit more money and a regular health insurance.

Apart from that, the old discriminatory laws still hold – including vouchers, 1€ jobs, restrictions and penalties and a minimum health care that sometimes will put lives in danger.

More information will be found on our web blog as soon as available.

Workshop: Von persönlichen Problemen zu politischen Forderungen

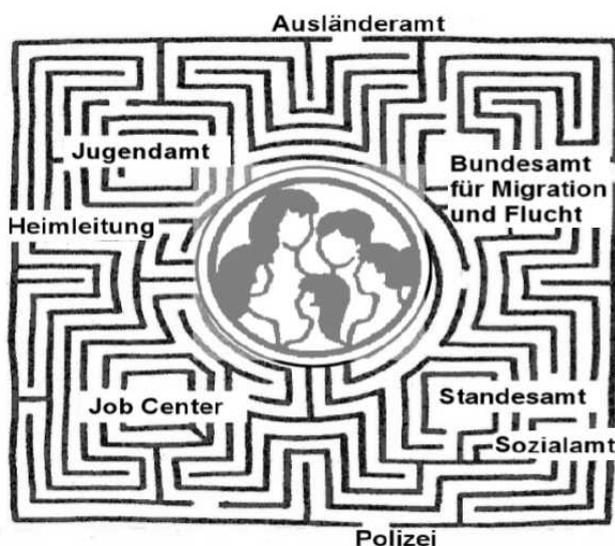
11. April 2015 | Potsdam-Babelsberg

Wir asylsuchenden Frauen stehen vor vielen Problemen: Nach dem Asylantrag sind wir mit vielen Dokumenten konfrontiert und die meisten von ihnen haben keinen Sinn für uns. Manchmal ist es ein Alptraum, weil die Beamten es als ihre Pflicht ansehen, Wege zu finden, um uns abzuschieben, und wir sind nicht sicher, wie die Zivilgesellschaft auf unsere Bedürfnisse reagiert, weil wir bereits von einem Teil von ihr Negatives erlebt haben... .

Deshalb laden wir euch ein, andere Flüchtlingsfrauen zu treffen und Erfahrungen auszutauschen. Zusammen finden wir Möglichkeiten, wie wir weiter kommen, indem wir unsere Rechte kennen.

Gemeinsam wollen wir Gesetze und die Verwaltungsstruktur diskutieren und wie all dies unseren Aufenthalt und unser Leben in Deutschland beeinflusst. Gemeinsam werden wir Strategien entwickeln, wie wir mit diesen Problemen umgehen.

Wenn ihr mitmachen wollt, nehmt Kontakt mit uns auf!



Work shop: From personal problems to political demands

11 April 2015 | Potsdam-Babelsberg

We asylum seeking women are facing many problems: After seeking asylum we are confronted with many documents and most of them do not make any sense to us. Sometimes it is a nightmare because the officials see it as their duty to find ways of deporting us and we are not sure how the civil society will react to our needs because we have already experienced negativity from part of it... .

This is why we are inviting you to meet other refugee women and to exchange experience. To find ways together on how to move on by knowing our rights.

Together we want to discuss laws and the administration structure and how all this affects our stay and development in Germany. Together we will develop strategies on how to deal with these problems.

If you want to participate, please contact us!

Impressum

Women in Exile e.V.

Rudolf-Breitscheidstr.164

14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 24348233

E-Mail: info@women-in-exile.net

Web: <http://women-in-exile.net/>

Spenden-Konto:

Women in Exile e.V.

IBAN: DE21430609671152135400

BIC: GENODEM1GLS (GLS Bank)

Wir sind als gemeinnützig anerkannt und können Spendenquittungen ausstellen.

Unsere Arbeit wird unterstützt von der

Bewegungs-
stiftung

Anstöße für soziale Bewegungen